

Joachim Schramm

Einfluss der Bundeswehr auf die Schule zurückdrängen!

Erfahrungen aus dem nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf

Die Bundeswehr braucht Soldaten. Nicht die Wehrpflichtigen, die nach wenigen Monaten der Kaserne wieder den Rücken kehren, sondern diejenigen, die sich für längere Zeit verpflichten oder sogar Berufssoldaten werden wollen. Die, die dann auch zustimmen, an Auslandseinsätzen, z.B. dem Afghanistankrieg, teilzunehmen. Um die wirbt die Bundeswehr – in Arbeitsämtern, auf Berufsfindungsmessen und bei vielen anderen Gelegenheiten. Doch das Werben um die Kämpfer für die neuen Schlachtfelder kann nicht früh genug anfangen und so hat die Bundeswehr begonnen, mit den Schulministerien einzelner Bundesländer Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Das erste Bundesland, das eine solche Vereinbarung unterzeichnete, war das schwarz-gelb regierte NRW.

Kooperationsvereinbarung NRW

(...) Auf dieser Grundlage vereinbaren wir:

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalens und der Rahmenvorgabe für politische Bildung.
- die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften.
- die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierungen bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.

(...)

Düsseldorf, den 29.10.2008

Barbara Sommer	Bernd Diepenhorst
Ministerin für Schule und	Generalmajor,
Weiterbildung des Landes	Befehlshaber im
Nordrhein-Westfalen	Wehrbereich II

Seither hat sich dagegen ein zunehmender Widerstand bei Lehrern, Schülern, Eltern sowie Gruppen der Friedensbewegung formiert. Den von Kölner Friedensaktivisten initiierten Aufruf »Die Schule der Nation ist die Schule« haben neben Betroffenen auch zahlreiche Prominente wie Günther Wallraff und Roger Willemsen unterzeichnet. Der Hauptvorstand der Lehrgewerkschaft GEW hat im März diesen Jahres eine Erklärung beschlossen, in der er sich entschieden gegen die zunehmende Einflussnahme der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung richtet.

Der Landesverband NRW der DFG-VK hat die Landtagswahlen 2010 zum Anlass genommen, die Spitzenkandidaten der drei Oppositionsparteien, von denen man annehmen konnte, dass sie im neuen Landtag vertreten seien würden, um eine Stellungnahme zu bitten. Sowohl SPD, Grüne als auch die Linke kamen dieser Aufforderung nach. Aus den Antworten ergibt sich erfreuliches Maß an Übereinstimmung in der Kritik an der existierenden Kooperationsvereinbarung. Aber auch Unterschiede in der Reichweite dieser Kritik werden deutlich.

DFG-VK-Schreiben an die Spitzenkandidaten von SPD, Grüne und Linke

Auch wir als Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen in NRW lehnen die Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und der Bundeswehr eindeutig ab und fordern ihre Kündigung durch das Land. Die Bundeswehr hat in der Schule nichts zu suchen! Die Aufgabe der Schule ist es, junge Menschen zur kritischen Auseinandersetzung u.a. mit Konzepten der Außenpolitik und der Friedenssicherung zu befähigen. Dies kann nicht gelingen, wenn die Bundeswehr einseitig mit hohem personellen und finanziellen Aufwand verstärkt Einfluss auf die schulische Bildung ausübt. In einer für sie kritischen Situation versucht die Bundeswehr auf unterschiedlichsten Ebenen, ihre Akzeptanz in der Bevölkerung propagandistisch zu verbessern und gleichzeitig neue Zeit- und Berufssoldaten zu rekrutieren. Dafür darf Schule ihr im Sinne ihres Lehrauftrages kein Betätigungsfeld bieten!

Die Position der Regierungsparteien ist uns bekannt. Wir möchten daher Sie als Kandidaten der Oppositionsparteien im Landtag von NRW auffordern, uns in dieser Frage zu unterstützen! Wir möchten Sie bitten, uns kurz ihre Stellungnahme zur Zukunft des Kooperationsvertrages und zur Rolle der Bundeswehr an Schulen zukommen zu lassen. Wir werden diese Stellungnahme dann - möglichst versehen mit Ihrem Foto - an prominenter Stelle auf unserer Homepage einstellen, um so friedensbewegten Menschen eine Entscheidungshilfe bei ihrer Wahlentscheidung zu geben.

Wir freuen uns auf Ihre Stellungnahme und sagen Danke für Ihre Unterstützung!

Die Linke verbindet in der Stellungnahme ihrer Spitzenkandidatin Bärbel Beuermann und ihres Landesvorsitzenden Wolfgang Zimmermann sehr deutlich ihre Kritik an der Kooperationsvereinbarung mit den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr allgemein. Beuermann und Zimmermann weisen auch auf den Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan hin. Auf Grundlage der Arbeiten ihrer Bundestagsfraktion stellen sie die Auswirkungen der Kooperationsvereinbarung dar. Die Partei fordert, die Kooperationsvereinbarungen insgesamt aufzukündigen und wendet sich gegen die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen durch die Bundeswehr. Auch auf die Einflussnahme der Bundeswehr auf Unterrichtsmaterialien weisen sie kritisch hin. Pragmatisch gehen sie jedoch zunächst von den fortgesetzten Besuchen der Jugendoffiziere der Bundeswehr in Schulen aus und fordern die Koppelung dieser Besuche an die gleichzeitige Anwesenheit von Vertretern von Friedensorganisationen.

■ Stellungnahme Bärbel Beuermann/ Wolfgang Zimmermann für Die Linke

DIE LINKE schätzt den Einfluss der Bundeswehr auf die schulische Bildung in NRW als besonders groß ein. Wir finden, dass Schulen (Aus-)Bildungsstätten sein müssen und keine Orte militärischer Indoktrination. NRW hat als erstes Bundesland im Oktober 2008 ein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr unterzeichnet. Aus dem Jahresbericht 2009 geht hervor, dass dieses Abkommen zu einer gesteigerten Nachfrage nach Jugendoffizieren geführt hat. Über 31.000 Schülerinnen und Schüler wurden von ihnen erreicht, meist in Vorträgen um die 4000 Schüler, aber auch in Form mehrtägiger Seminare oder Kasernenbesuche. Das Kooperationsabkommen führt dazu, so schätzen die Jugendoffiziere der Bundeswehr es ein, dass Hemmschwellen und Bedenken bei den Schulleitungen abgebaut werden. Das Abkommen als offizielle Billigung habe anfängliche Bedenken einiger SchulleiterInnen genommen.

2009 haben über 2100 Lehrerinnen und Lehrer sowie RefrendarInnen an Aus- und Fortbildungen der Bundeswehr teilgenommen. Dort wird ihnen vermittelt, was die Bundeswehr unter Sicherheitspolitik versteht – eine zwangsläufig eingefärbte Sicht, die dann den Schülerinnen und Schülern weiter vermittelt werden soll. Einen solchen, in Militär eingebetteten Unterricht lehnt DIE LINKE entschieden ab. Wir finden, dass Jugendoffiziere keine »Experten« in Sachen Sicherheitspolitik sind, sie sind die PR-Agenten des Militärs.

Unsere Fraktion im Deutschen Bundestag hat dazu im Mai 2009 beantragt (Drucksache 16/13060), dass der Besuch von Jugendoffizieren an Schulen nur dann zu genehmigen sein, wenn gleichzeitig VertreterInnen von beispielsweise Frie-

densinitiativen ebenfalls bei solchen Veranstaltungen anwesend sind. Außerdem fordert DIE LINKE im Bundestag, dass Kooperationsabkommen aufzukündigen sind und Lehrkräfte nicht mehr in diesen Fragen aus- und fortgebildet werden. Wir wollen auch sicherstellen, dass keine Unterrichtsmaterialien durch die Bundeswehr für die Schulen gestellt werden und kein militärisches Gerät auf Schulgeländen ausgestellt wird. Anfragen von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sollen durch ziviles Personal abgedeckt werden, zB durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Wir verurteilen es, dass die Perspektivlosigkeit bestimmter Jugendlicher auf dem Ausbildungsmarkt dahingehend ausgenutzt wird, dass sie für das Militär rekrutiert werden.

Deswegen fordern wir Ausbildung für alle, das Grundrecht auf Ausbildung muss in die Verfassung. Außerdem wollen wir eine Ausbildungsumlage einführen, bei der Unternehmen, die nicht ausbilden, es aber könnten, in einen Topf einzahlen, aus dem dann zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze finanziert werden. DIE LINKE findet, dass Schülerinnen und Schüler das Recht haben müssen, den Besuch von Unterrichtsveranstaltungen durch die Jugendoffiziere abzulehnen bzw. nicht daran teilzunehmen, egal ob aus politischen, religiösen, ethischen oder sonstige Gründen. Für uns ist das Militär kein normaler Arbeitgeber: es werden aktuell immer noch Soldaten nach Afghanistan in den Krieg geschickt.

Ebenfalls erfreulich umfassend setzt sich die SPD mit der Problematik auseinander. Die ehemalige Schulministerin des Landes, Ute Schäfer, verweist auf die breite Kritik auch aus Reihen der GEW, die die politische Bildung als Aufgabe der LehrerInnen betont. Frau Schäfer zieht darüber hinaus bemerkenswerterweise den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule nach der Landesverfassung heran, in dem die Erziehung zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung festgelegt ist. Demgegenüber spreche die Kooperationsvereinbarung nur von Sicherheitspolitik und verenge damit das Bildungsziel unzulässig. Auch verweist Schäfer darauf, dass Jugendoffiziere diese Sicherheitspolitik aus ihrem spezifischen Blickwinkel und damit nicht ausgewogen darstellen werden.

Ute Schäfer lehnt Kooperationsverträge mit außerschulischen Organisationen nicht ab, stellt jedoch einen Kriterienkatalog auf, an dem sich solche Vereinbarungen – im Bereich Friedenserziehung – orientieren sollten. Zunächst bezieht sich dieser Katalog positiv auf eine Empfehlung der Unesco zur Friedenserziehung. Dann wird das Wirken der außerschulischen Experten eingeschränkt, einseitige Werbung abgelehnt. Aber auch der Besuch von Waffenschauen und ähnlichen Veranstaltungen wird ausgeschlossen. Letztendlich betont er die alleinige Verantwortung der Lehrerinnen

und Lehrer für die Unterrichtsgestaltung und auch für die Frage, wann und ob sie Experten hinzuziehen.

■ **Stellungnahme von Ute Schäfer, Landtagskandidatin der SPD**

Die Schulministerin hat am 29. Oktober 2010 mit dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Diese ist auf starke Kritik gestoßen, nicht nur von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, sondern auch von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Gewerkschaften. Letztlich hat der GEW-Hauptvorstand im März 2010 die Resolution »Bundeswehr und Schule: Einfluss zurückdrängen – politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften« gefasst, in der das offensive Vorgehen der Bundeswehr in Kooperationsabkommen mit Landesregierungen kritisiert wird.

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule umfasst nach Art. 7 der Landesverfassung auch die Erziehung »zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung«. Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr spricht demgegenüber nur von »Sicherheitspolitik« und »Aufklärung und Information über sicherheitspolitische Fragestellungen«. Diese Verengung des Begriffs der Friedensgesinnung auf Sicherheitspolitik greift eindeutig zu kurz, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr die sicherheitspolitischen Aspekte aus dem Blickwinkel des Auftrags der Bundeswehr darlegen werden.

Interessant ist die Schlussfolgerung, die Ute Schäfer zum Schluss ihrer Stellungnahme zieht. Sie hält bei Berücksichtigung des vorgestellten Kriterienkatalogs eine Kooperationsvereinbarung sowohl mit der Bundeswehr als auch mit der DFG-VK für sinnvoll. Diese Perspektive stellt uns als DFG-VK aber auch alle Gegner einer einseitigen Beeinflussung von Schülerinnen und Schülern durch die Bundeswehr vor eine schwierige Entscheidung: Wollen wir eine kontroverse Diskussion an den Schulen über Pro und Contra von Kriegseinsätzen, von Rüstung und der Existenz von Armee? Akzeptieren wir, dass dazu auch Jugendoffiziere an die Schulen kommen, wenn damit auch der Besuch von VertreterInnen der Friedensbewegung verstärkt möglich wird? Oder ist das Hauptziel, den mit viel Steuergeld unterfütterten Einfluss der Armee auf die Schule prinzipiell zu stoppen und muss daher die Forderung lauten: Auf keinen Fall eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr?

Realistisch wird man sehen, dass wir als Friedensbewegung weder über die finanziellen noch die personellen Ressourcen der Bundeswehr verfügen. 94 hauptamtliche, gut geschulte Jugendoffi-

ziere stehen für Schulbesuche zur Verfügung, die Zahl solcher Veranstaltungen schwankt zwischen 4.500 und 5.000 pro Jahr. Insgesamt sind die Ausgaben für Nachwuchswerbung (ohne Gehälter für Jugendoffiziere) von 12 Millionen (2009) auf 27 Millionen Euro (2010) gestiegen. Demgegenüber steht die Friedensbewegung, die über alle Organisationen hinweg lediglich über eine Handvoll Hauptamtlicher verfügt, die darüber hinaus auch noch andere Aufgaben zu erfüllen haben. Schulbesuche werden also in hohem Maße von ehrenamtlichen Friedensaktivisten wahrgenommen, die zwar in der Regel über viele Kenntnisse und Erfahrung verfügen, aber natürlich nicht in diesem Maße didaktisch und pädagogisch geschult sind. Parallele Kooperationsvereinbarungen mit Bundeswehr und stellvertretend – mit der DFG-VK wären also Vereinbarungen mit sehr unterschiedlich starken Akteuren. Hinzu kommt, dass eine solche doppelte Kooperationsvereinbarung natürlich die Anwesenheit der Bundeswehr an Schulen prinzipiell legitimieren, den weiteren Protest dagegen behindern würde.

Auf der anderen Seite gilt es zu überlegen, ob auf diesem Wege nicht der seit langem beklagte unzureichende Zugang der Friedensbewegung zu jungen Leuten verbessert werden könnte. Die beschlossene Reduzierung des Wehrdienstes und die zunehmend diskutierte Abschaffung der Wehrpflicht wird nach Ansicht von Experten die Sensibilität breiter Teile der Bevölkerung für die Kriegseinsätze der Bundeswehr sinken lassen. Wenn – im Falle des Wegfalls der Wehrpflicht – nicht Personen aus dem eigenen familiären Umfeld mit der Institution Bundeswehr zu tun haben, sinkt die Notwendigkeit und das Interesse, sich mit der Armee, mit Kriegseinsätzen, Rüstungsproduktion u.ä. auseinanderzusetzen. Ein institutionalisierter Zugang der Friedensbewegung zu den Schulen könnte hier Chancen eröffnen, den Schüler die Positionen der Kriegsgegner nahe zu bringen.

Kurzfristig wird die Anwesenheit der Bundeswehr nicht vollständig zu beenden sein. Jugendoffiziere gibt es seit Gründung der Armee, auch zu Hochzeiten der Friedensbewegung gelang es nicht, sie abzuschaffen. Heute spricht sich im Bundestag lediglich Die Linke für einen prinzipiellen Stopp der Bundeswehr-Werbung an Schulen aus. Trotzdem gilt es, an diesem Ziel festzuhalten. Als Zwischenziel muss es um das Blockieren der offenbar ja bundesweit angestrebten Ausweitung der Einwirkungsmöglichkeiten der Bundeswehr gehen. Angesichts des Personalbedarfs der Armee für Kriegseinsätze reichen die bisherigen Möglichkeiten zum Werben der Jugendoffiziere an Schulen anscheinend nicht aus. Wenn es gelingt, genau diese Ausweitung zu be- und verhindern, wird den Kriegsplanern ein nicht unwesentlicher Stein in den Weg gelegt. Dafür bietet der Kriterienkatalog von SPD-Schulexpertin Ute Schäfer doch einige An-

satzpunkte. Der dort aufgeführte Ausschluss des Besuchs von Waffenschauen lässt sich ja vielleicht zu einem Ausschluss des Werbens mit dem Faszinationspunkt Technik ausweiten (z.B. der praktizierten Übungen mit Schießsimulatoren). Die Betonung des in der Landesverfassung verankerten Begriffs der »Friedensgesinnung« und damit die Abgrenzung zu einem vorrangig militärisch definierten Sicherheitsbegriff bietet ebenfalls Ansatzpunkte, um die einseitige Bundeswehrwerbung in ihre Schranken zu weisen. Auch die Stärkung der Position der Lehrer bei der Entscheidung für oder gegen den Besuch der Bundeswehr würde den durch die derzeitige Kooperationsvereinbarung hervorgerufenen Eindruck ausräumen, das Schulministerium wünsche solche Besuche.

■ **Stellungnahme von Sylvia Löhrmann, Bündnis 90/Die Grünen**

Die Kooperationsvereinbarung von Bundeswehr und Schulministerium sichert der Bundeswehr einen zunehmenden Einfluss auf die Politische Bildung der Schülerinnen und Schüler sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. Dies lehnen wir ab. Die Politische Bildung muss in der Hand von ausgebildeten pädagogischen Fachkräften bleiben. Wir schließen uns der Forderung der GEW an, dass entsprechende Passagen der Kooperationsvereinbarung gekündigt werden müssen.

Besuche von Bundeswehrangehörigen sollten nur dann stattfinden, wenn die zuständige Lehrkraft dies im Rahmen der Politischen Bildung entscheidet. Dabei muss eine politische Ausgewogenheit gewahrt bleiben, d.h. dass die unterschiedlichen friedenspolitischen Konzepte zur Sprache kommen müssen und auch Friedensorganisationen und -initiativen die gleichen Möglichkeiten erhalten sollten, ihre Ansätze ebenfalls darzustellen. Keine Lehrkraft und keine Schülerin und kein Schüler dürfen aus unserer Sicht zum Besuch von Veranstaltungen der Bundeswehr gezwungen werden. Waffenschauen oder ähnliche Veranstaltungen auf dem Schulgelände sind keinesfalls vertretbar.

In der Kooperationsvereinbarung ist die Werbung für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr zu Recht untersagt. Wo dies trotzdem geschieht – ob offen oder verdeckt – ist unserer Meinung nach die Schulaufsicht gefordert, dies zu unterbinden.

Die DFG-VK NRW wird parallel zu den aktuell anstehenden Kooperationsgesprächen auf die Partner SPD und Grüne zugehen, um unsere Positionen zu einer möglichst weitgehenden Revision der derzeitigen Kooperationsvereinbarung einzubringen (*Der Artikel wurde vor Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen SPD und B90/Grüne und Bildung der Minderheitsregierung verfasst – Anm. d. Red.*). Die Grünen-Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann, die als zukünftige Schulministerin im Gespräch ist, hat sich ebenfalls kritisch zu der geltenden Vereinbarung geäußert. Auch wenn in ihrer Stellungnahme die Einordnung der Frage in den größeren friedenspolitischen Zusammenhang fehlt, knüpft Sylvia Löhrmann in wichtigen Punkten an die Vorstellung der SPD-Schulexpertin an.

Selbst wenn es nicht unser Ziel sein kann, eine eigene Kooperationsvereinbarung mit dem Landesschulministerium abzuschließen, sehen wir es als wichtig an, die Friedensbewegung als Ansprechpartner für Schulen, für Lehrer und ihre Gewerkschaft sowie gerade auch für die Schülervertretung wieder stärker in die Diskussion zu bringen. Vor dem Hintergrund einer dramatisch veränderten Außenpolitik Deutschlands hin zur Kriegsführung ist das dringend notwendig.

Wir haben damit begonnen, einen »Werkzeugkasten« mit Materialien für Schulbesuche zu erstellen. Er soll Aktivisten der DFG-VK, aber auch von örtlichen Friedensinitiativen als Basisdienst dienen, um die zentralen Fragen rund um Krieg und Frieden schülergerecht darzustellen. Interessant finden wir in diesem Zusammenhang auch das Projekt der Stiftung Friedensarbeit, einen Pool von Aktivisten aufzustellen, die für Schulbesuche zur Verfügung stehen. Mit solchen Angeboten im Rücken können wir auf die Parteien im Landtag zugehen und der Forderung Ausdruck verleihen, die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr wenn schon nicht zu kündigen, dann doch deutlich einzuschränken. Der Wille des Ministeriums zur parallelen Hinzuziehung von Experten der Friedensbewegung sollte gegenüber den Schulen, auf dem Bildungsserver des Ministeriums und anderen geeigneten Orten sichtbar gemacht werden. Und auch den Vorschlag, den Friedensgruppen für solche Schulbesuche einen gewissen Unkostenausgleich zur Verfügung zu stellen, könnte ins Gespräch gebracht werden.

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Mehr Infos im Internet unter www.nrw.dfg-vk.de 